

Wahlplakaten steckt



Zu viele Themen auf einem Plakat, die allesamt negativ sind, zeigt die FPÖ auf den Plakaten der ersten Kampagnenphase. Foto: APA/Jaeger



Die Neos erzählen anhand einer Bilderserie eine Geschichte – und das sehr gelungen, wie Experte Witzeling urteilt. Foto: APA/Hochmuth



Eine Darstellung des „absolut Guten“ mit aktuell völlig gegenteiliger Berichterstattung: Die Kampagne der grünen Spitzenkandidatin Lena Schilling Foto: APA



Der einzige Reim der bisherigen Wahlkampagnen: Die KPÖ fordert bei der EU-Wahl „Wohnen statt Kanonen“. Foto: APA/Florian Wieser

KPÖ spürt Rückenwind für EU-Wahl

WIEN. Die KPÖ hofft nach den Zuwächsen bei den jüngsten Wahlen in Salzburg-Stadt und in Innsbruck, nun erstmals auch im EU-Parlament die Hürde für den Einzug zu nehmen. „Es sind komplett andere Voraussetzungen als vor fünf Jahren“, sagte der KPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl Günther Hopfgartner. Er geht nicht davon aus, dass die KPÖ von den jüngsten Turbulenzen bei den Grünen profitieren werde, vielmehr setzt er darauf, dass die Nichtwähler dieses Mal zur Wahl gehen und für die KPÖ stimmen.

Die Themenpalette ist breit: Die EU folge einer „Kriegslogik“, sagte Hopfgartner. Vielmehr solle sich Europa für den Frieden einsetzen. Die KPÖ spricht sich für ein Asylrecht für Deserteure und ein Abrüsten an den Außengrenzen der Union aus. Außerdem soll es einen europaweiten Mietpreisdeckel geben sowie eine Energie-Grundsicherung. (gana)

Wo mach ich mein Kreuzerl? Hilfe für Wähler

WIEN. 42 Fragen in zehn Minuten – so wirbt Wahlrechner.at. Interessierte können ihre Antworten zu politischen Streitfragen mit offiziellen Parteipositionen der zur EU-Wahl antretenden Parteien vergleichen. Der Wahlrechner berechnet anhand eines Algorithmus die Übereinstimmungen und Abweichungen, die Orientierung für die Wahlentscheidung bei der EU-Wahl sein können. Die Initiative ist seit gestern online.

Hinter der Internetseite stehen Organisationen wie Wahlbeobachtung.org, KohoVolit.eu, die Vokskabin.hu der Andrassy Universität in der ungarische Hauptstadt Budapest, der Behindertenverein Bizeps und als Gründungsverein die Österreichische Demokratiestiftung. Die Initiatoren betonen ihre Überparteilichkeit und ihren ehrenamtlichen Ansatz.

Die aus früheren Wahlen bekannte Wahlkabine.at formiert sich für die Nationalratswahl neu und stellt ihre Aktivitäten am kommenden Freitag vor. Die Gründerorganisation, das Institut für Neue Kulturtechnologien, konnte den Verband Österreichischer Volkshochschulen (die von den Arbeiterkammern getragen werden) und SOS-Kinderdorf als neue Unterstützer gewinnen.

Wahlkampf mit Gag und Gerüchten

SPÖ ärgert FPÖ, Grüne dementieren Plakatstornos – über alle Kosten reden nur die Neos

WIEN. Wer in eine Suchmaschine fpö.eu oder vilimsky.eu eingibt, landet nicht bei den erwarteten Zielen. Klickt man darauf, erscheint das Konterfei von SP-Spitzenkandidat Andreas Schieder, der erklärt, Europa sei nicht rechts, sondern gerecht. „Ein Gag“, heißt es dazu aus der SPÖ.

Dass sich die SPÖ die Rechte für die Seiten gesichert hat, erzürnt die FPÖ. Spitzenkandidat Harald Vilimsky reagierte auf X (vormals Twitter): „Was für ein bedauerlicher Haufen die Sozen mittlerweile sind ...“

Die Grünen hatten gestern wiederum damit zu tun, Gerüchte einzufangen, sie hätten im EU-Wahlkampf kurzfristig 500 Plakatflächen storniert. „Wir haben keine Stellen storniert“, sagt die Kommunikationschefin Theresa Von-

ach auf OÖN-Nachfrage knapp. Gesprächiger sind die Grünen, was die Wahlkampfkosten anlangt: Sie werden dieses Mal zwei Millionen Euro in den Wahlkampf investieren, 500.000 Euro davon steuern die Landesorganisationen gemeinsam bei.

Transparente Ausgaben

Noch konkreter als die Grünen sind die Neos. Man habe 2,533 Millionen Euro für den EU-Wahlkampf vorgesehen, sagte Neos-Generalsekretär Douglas Hoyos. Auf der Homepage neos.eu/transparent werden die Ausgaben inklusive Spesen für alle einsehbar aufgelistet.

Ganz anders ist die Auskunftsfreude bei der Volkspartei. Sie gibt keine Zahlen bekannt. Argumentiert wird, dass noch bei jeder

Wahl der Rechnungshof die Kostenaufstellung der ÖVP beanstandet habe. Deshalb sei es auch sinnlos, sich hier festzulegen. Die Ausgaben fließen in Werbung, Social-Media-Auftritt und Personal.

Für die oberösterreichische EU-Abgeordnete Angelika Winzig greift auch die Landespartei in die Kassa: Die Wahlkampfkosten würden sich auf 350.000 Euro belaufen, sagte Landesgeschäftsführer Florian Hiegelsberger.

Die SPÖ übt sich – was die Kosten betrifft – ebenfalls im Schweigen. Man werde sich an die Obergrenze halten, sagte SP-Kampagnenchefin Sigrid Rosenberger. Diese gesetzliche Obergrenze für die Kosten eines Wahlkampfes liegt pro Partei bei 8,6 Millionen Euro. Die SPÖ hat keine prall gefüllten Kassen, die Ausgaben wer-

den deutlich darunterliegen, ist zu hören. Auch die SPÖ setzt vor allem auf klassische Plakate und Social Media.

Die Freiheitlichen wollen ihre Ausgaben nicht beziffern. FP-Bundesgeschäftsführer Joachim Stampfer gab an, dass man unter der Hälfte des gesetzlich Erlaubten sei – das entspräche in etwa vier Millionen Euro. Affiziert werden 2400 Großplakate und 15.000 Kleinplakate.

Bei der EU-Wahl werden die Wahlkampfkosten entsprechend dem Ergebnis refundiert. Pro Wahlberechtigtem sind 2,5 Euro vorgesehen, das entspricht dieses Mal in etwa 16 Millionen Euro. 2019 erhielt die ÖVP 4,6 Millionen Euro refundiert, die Neos bekamen mit 1,1 Millionen Euro am wenigsten zurück. (gana/sib/fep)

Schützenhilfe aus der Hofburg: Wer macht als Junger keine Fehler?

Bundespräsident Van der Bellen mahnt mit Blick auf die Causa Schilling, das Privatleben nicht in Wahlkämpfe hineinzuziehen

WIEN. Bundespräsident Alexander Van der Bellen meldete sich am Dienstag zu den Vorwürfen gegen die grüne EU-Spitzenkandidatin Lena Schilling zu Wort. Wer als junger Mensch mache keine Fehler, sofern sie überhaupt welche gemacht habe, sagte er auf Ö1. Er habe jedenfalls als Junger sicher Fehler begangen. Van der Bellen appellierte, das Privatleben aus den Wahlkämpfen herauszuhalten: „Politik ist das eine und Privatleben ist das andere“, sagte er.

Bisher kenne er Schilling noch nicht, diese Woche will der Bundespräsident aber alle EU-Spitzenkandidaten treffen. Es freue ihn jedenfalls, wenn junge Menschen bereit seien, Zeit für die EU-Wahl oder für Maßnahmen gegen den Klimawandel zu opfern, leistete er Schilling Schützenhilfe.

Grüne Geschlossenheit

Im grünen Parlamentsklub fand gestern in Vorbereitung auf die heutige Nationalratssitzung ein re-

guläres Treffen der Abgeordneten statt. Dort wurde auch über Schilling – ihr wird unter anderem Verleumdung vorgeworfen – diskutiert. „Wir stehen weiter geschlossen hinter unserer Spitzenkandidatin“, berichtete ein Abgeordneter im Anschluss an die Sitzung.

„Uns lässt das nicht kalt“, sagte die grüne Generalsekretärin Olga Voglauer, „wenn versucht wird, eine junge Frau durch die Arena zu jagen.“ Sie bezeichnete die Vorwürfe als „Hörensagen, Behauptungen



Bundespräsident Alexander Van der Bellen Foto: APA/Hochmuth

und Gerüchte“, es liege nichts Stichhaltiges vor, was dagegenspreche, Schilling weiter zu unterstützen. Gestern wurde bekannt, dass ein Aktivisten-Ehepaar Klage gegen Schilling eingebracht haben soll. Darauf angesprochen, meinte Voglauer: „Wo ist die Substanz?“

Im Nationalrat steht heute eine Europastunde auf der Tagesordnung. Die Grünen werden durch EU-Parlamentarier Thomas Waitz vertreten, der als Einziger aus der Ökonomiepartei nochmals kandidiert.